

schreiben können müssen, als es jemals zuvor der Fall war“ (139), dann folgt sie der von der Leserforschung heute mehrheitlich vertretenen Position, dass mehr neue Medien auch mehr – und keineswegs weniger – Lesen erfordern.

Bodo Franzmann

**Heribert Schatz / Otfried Jarren /
Bettina Knaup (Hrsg.)**

Machtkonzentration in der Multimedia-gesellschaft

Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht

Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher 1997. – 300 S.

ISBN 3-531-13043-9

„Lassen sich im Machtverhältnis von politischem und Mediensystem Veränderungen nachweisen, die zur Besorgnis hinsichtlich der demokratisch-normativ wünschbaren Balance der beiden Bereiche Anlaß geben könnten?“ Dieser Frage ist der Sammelband gewidmet, der auf einer gemeinsamen Tagung der DGPuK-Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ und des DVPW-Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ beruht und durch zusätzliche Beiträge abgerundet wurde.

Der aktuelle Wandel im Spannungsfeld zwischen staatlicher Herrschaft und Medienvielfalt, getrieben durch technischen Fortschritt, Expansion, Internationalisierung, Kommerzialisierung und Konzentration des Mediensektors, wird also in der Kategorie der Macht analysiert. Was haben politische und mediale Macht gemeinsam? Anna M. Theis-Berglmair eröffnet den Beitragsreigen mit einer Begriffsanalyse. Sie interpretiert Macht akteurszentriert im Sinne von Crozier, als Fähigkeit, in einer Beziehung die Interaktionsbedingungen des anderen im eigenen Sinn zu beeinflussen. Macht ist demnach eine relationale Eigenschaft und besteht im Vermögen, die Handlungsspielräume anderer in einer Beziehung einzuschränken und die eigenen zu wahren, ohne dass das Ergebnis genau vorhersagbar wäre. So unabdingbar multiple Machtbeziehungen in diesem Sinne für eine lebens- und entwicklungsähnliche Demokratie sind, so labil sind Machtgleichgewichte, in denen die Akteure nach Hegemonie streben. Zu diesem Ergebnis könnte man wohl auch ausgehend von

Max Webers klassischer Definition gelangen, die den meisten anderen Beiträgen zumindest implizit zugrunde liegt, wonach Macht die Chance ist, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstände durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.

Doch, wie beeinflussen nun Medien und Politik wechselseitig ihre Handlungsspielräume? Die Beiträge beleuchten im Wesentlichen drei Mechanismen: erstens die Beschränkung der Kommunikationsformen und -inhalten politischer Akteure durch die diskretionäre Veröffentlichungsmacht der Medien, zweitens die Informationsmacht der politischen Akteure als Quellen über die Medien und drittens die Einschränkung der Medienvielfalt durch staatliche Herrschaft. Dabei spiegelt sich zwar in vielen Beiträgen die Auffassung, dass Dependenz der Politik und Instrumentalisierung der Medien Hand in Hand gehen, zumindest der Austausch von Öffentlichkeit gegen Information als Symbiose angesehen werden kann.

Brisanz gewinnt aber das Thema des Bandes vor allem durch die Kritik an der Prägung des politischen Diskurses durch die Medien, die einige Autoren inzwischen prädominant erscheint. Am deutlichsten äußert dies Thomas Meyer: Politik sei nur in dem Maße mit ihrem Streben nach Medienvielfalt erfolgreich, „wie sie sich zuvor den einschlägigen medialen Selektions- und Darstellungsregeln unterworfen hat“. Selektionscodes (Nachrichtenfaktoren) und ganz überwiegend ästhetische Präsentationscodes (Theatralität mit Visualität als Kern) stünden zu politischen Codes in einem Kontrast, der im Wettbewerb um die Quote zunimmt. „Die Erzeugung und Legitimation politischer Macht läuft in zunehmendem Maße über eine kundige Bedienung der Selektions- und Präsentationscodes der elektronischen Medien durch politische Akteure. Das dadurch entstehende demokratietheoretische und politische Problem ist im Kern ungelöst“. Urteilsunfähigkeit und politische Entfremdung des Publikums drohen. Meyer warnt vor amerikanischen Verhältnissen, wo „spin-doctors den Mediendiskurs beherrschen“ – und so kann man anfügen – Wissenschaftler seit Jahrzehnten jene „Medienlogik“ kritisieren (Altheide/Snow, ...), die ein prädominantes Fernsehen zum „blinden Auge“ für Politik mache (... Patterson/McClure, ...) und Zuschauer mit „Vi-deomalaise“ infiziere (... Robinson – Autoren,

auf die Meyer nicht eingeht). Das Konzept der theatralen Präsentationslogik explizieren Udo Göttlich und Jörg-Uwe Nieland in einem weiteren Beitrag an Unterhaltungssendungen. Die Autoren belegen ferner den wachsenden Stellenwert von Unterhaltungsangeboten im deutschen Fernsehen, die nach ihrer Argumentation weit mehr als etwa Nachrichtensendungen das Wissen insbesondere eines jugendlichen Publikums über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge prägen und zum Wandel von Erzählkonventionen informationsorientierter Genres beitragen.

Dass Mediencodes und politische Codes einander tatsächlich nicht ausschließen, wird in anderen Beiträgen betont. So weist Wilfried Scharf darauf hin, dass Theatralität vielleicht mehr ist als nur ein Medienformat: Wir sollten, „so schwer es uns fällt, mit der Möglichkeit rechnen, dass Politik tatsächlich Schmiertheater sein kann“. Und Katrin Voltmer legt in ihrem Beitrag über „Ideologische Parallelstrukturen zwischen Medien und politischen Parteien“ dar, dass das Primat der Publikumsmaximierung politische Wertesysteme als Selektions- und Darstellungscodes der Medien nach wie vor zulässt, was sie durch einen interessanten und fundierten inhaltsanalytischen Vergleich der ideologischen Präferenzen deutscher Parteien und Printmedien belegt. Dabei erweitert sie das Links-rechts-Schema üblicher Analysen der redaktionellen Linie durch mehrere explorativ ermittelte, generelle politische Konfliktdimensionen. Das Sample entspricht dagegen eher dem Gewohnten: Neben zwei Regionalzeitungen aus den neuen Ländern werden fünf überregionale Tageszeitungen untersucht – die üblichen Verdächtigen also, für die die politische Linie ein weit wichtigeres Instrument zur Marktsegmentierung darstellt als etwa für Fernsehnachrichten. Dass die Bedeutung diverser politischer Kategorien in der Fernsehberichterstattung nicht ab-, sondern zugenommen hat, belegt der Beitrag von Frank Marcinkowski, auf den – wie auf Scharf – noch ausführlicher eingegangen wird.

Ein differenzierteres Bild vom Verhältnis Politik-Medien zeichnet auch Ulrich Sarcinelli, der auf die Frage im Titel seines Beitrags „Von der Parteien- zur Mediendemokratie?“ mit „Nein, aber ...“ antwortet. „Nein“, weil er für Deutschland argumentativ darlegen kann, dass „der parteienstaatliche Rahmen nach wie vor das politisch-institutionelle System und die

Gesellschaft zusammenhält und den politischen Prozess auch weiterhin bestimmt“. Die Diskussion krankt daran, dass sie auf die Veränderungen im fernsehzentrierten Erscheinungsbild von Politik konzentriert ist und Wechselwirkungen mit dem politischen Entscheidungsprozess ausgeklammert werden. „Aber“: Die Kluft zwischen Herstellung und Darstellung von Politik wachse, und der vielleicht entscheidende Wandel der Parteidemokratie in eine „parteienstaatliche Mediendemokratie“ liege in zunehmender Orientierung am „empirischen Volkswillen“, dessen Hauptsensor und -konstruktör die Medienöffentlichkeit sei.

Auch wenn man dieser gemäßigteren Argumentation folgt, bleibt die Analyse von Inhalten und Strukturen einer Medienöffentlichkeit hochrelevant, deren Eingang alles andere ist als öffentlich. Inhaltsanalytische Beiträge bilden daher den zweiten Schwerpunkt des Bandes. Christiane Eilders, Friedhelm Neidhardt und Barbara Pfetsch behandeln die Frage, wie Medien als Akteure durch Meinungsausußerung – über Agenda Setting hinaus – zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Die Autoren geben einen Überblick über die einschlägige Forschung und leiten daraus Konsonanz, thematische Fokussierung und Persistenz als wesentliche Wirkungsdeterminanten ab. Darauf aufbauend skizzieren sie ihr laufendes Projekt zur Analyse der Inhalte von Pressekommentaren und deren Wechselwirkungen mit Diskursen politischer Akteure. Peter Ludes, Joachim Friedrich Staab und Georg Schütte untermauern ihre These von der „Nachrichtenausblendung“ mit einem Vergleich von Abendnachrichten der ARD und der amerikanischen CBS. Von 1976 bis 1995 herrschten demnach in beiden Sendungen relativ stabile Themen- und Akteurs-Hierarchien, die sich im Zeitverlauf kaum änderten, neue Sachgebiete selten zu ließen und Politik wesentlich als Regierungshandeln darstellten. 68 Prozent der Sendezeit der Politikberichterstattung der Tagesschau zeigte Regierungshandeln.

Diese Ergebnisse werden durch eine ebenfalls längsschnittliche, methodisch detailliertere Inhaltsanalyse teilweise relativiert, die Frank Marcinkowski präsentiert. Sie berücksichtigt außer der ARD noch sieben weitere deutsche Fernsehsender und schließt neben Nachrichtensendungen auch politische Magazine ein. In diesen Sendungen themisierte das Fernse-

hen zwischen 1986 und 1994 gesellschaftliche Konflikte und politische Themen – nach verschiedenen Definitionen – zunehmend häufiger, wobei der Anteil „nichtetablierter“ wie „etablierter“ Akteure aus dem vorpolitischen Raum auf Kosten von – nach wie vor dominierenden – Akteuren aus dem politisch administrativen System wuchs. Von einer depolitisierten oder etatistischen Berichterstattung kann, so folgert der Autor, nicht die Rede sein; die „Irritationschancen“ des Mediensystems gegenüber seiner politischen Umwelt seien ungebrochen. Von Mediennacht lässt sich in den Kategorien der funktional-strukturellen Systemtheorie dagegen nicht sprechen. Ist doch Macht das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium, durch dessen Code sich definitionsgemäß allein das politische System konstituiert, während das Mediensystem nach Marcinkowski nur im Medium der Publizität prozessiert (oder, wie Luhmann meinte, im Medium der Information). Prägnant skizziert Marcinkowski im theoretischen Teil seines Beitrags die Beziehung zwischen Medien und Politik aus systemtheoretischer Perspektive und begründet seine Präferenz für deren Machtbegriff, der sich als ein politischer ausschließlich auf die Erzeugung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen bezieht. Er ist somit enger als die bereits erwähnte Definition durch Crozier oder die ganz ähnliche Webersche, die nach Marcinkowskis Auffassung dazu verführt, „es sich mit dem Verhältnis gesellschaftlicher Funktionsbereiche untereinander einfacher zu machen, als der Struktur moderner Gesellschaften angemessen ist“.

Nach alltagssprachlichem Verständnis wirkt die Bezeichnung „Irritationschance“ allerdings verniedlichend, für das auch intentional einsetzbare Vermögen der Medien, Akteuren, Themen oder Meinungen Öffentlichkeit zu verschaffen oder zu verweigern. Und kann man ohne einen akteursbezogenen Machtbegriff, der neben politischen Herrschaftsbefugnissen auch andere Machtquellen zulässt, jene Konzentrationsprozesse im Mediensektor verständlich beschreiben und erklären, die für das Thema dieses Bandes zentral sind und zusammen mit dem Rundfunkrecht seinen dritten Schwerpunkt bilden? Nach der gründlichen empirischen Analyse von Wolfgang Seufert lässt sich jedenfalls die medienübergreifende Unternehmenskonzentration in Deutschland in erster Linie mit dem Streben nach Markt-

macht erklären, also dem Vermögen von Anbietern oder Abnehmern, der Marktgegenseite Bedingungen aufzuzwingen. Dagegen spielen Kostenvorteile bei der vertikalen und diagonalen Medienkonzentration eine untergeordnete Rolle. Kartell- und Rundfunkrecht ignorieren die Problematik der medienübergreifenden Konzentration allerdings weitgehend, indem sie auf zu eng abgegrenzte Märkte abstellen. Daher fordert Seufert die Schaffung eines Medienkonzentrationsrechts, das alle meinungsrelevanten Medienmärkte gemeinsam regelt. Marktmacht ist auch der Ausgangspunkt für die Analyse von Hans J. Kleinsteuber. Wenn sich die Rahmenbedingungen der Fernsehfinanzierung nicht ändern, sieht er eine „kommerzielle Hegemonie“ im Dualen Fernsehsystem heraufziehen, die letztlich die Öffentlich-Rechtlichen in Verarmung und Bedeutungslosigkeit treibe, wie es in Kanada und Australien bereits geschehen sei. Die beiden dominanten kommerziellen Senderfamilien in Deutschland – „verschwägert mit den beiden großen Parteien, jeweils verlängert in europäische und globale Allianzen“ – hätten sich immer wieder gegen geltendes Medienrecht durchgesetzt und es in ihrem Interesse zu dehnen vermocht. Während es den Interessenvertretern der kommerziellen Seite gelungen sei, das allgemeine Verständnis für die Rundfunkgebühr zu unterminieren, werde die „Werbesteuer“ als Finanzquelle der Privaten nicht öffentlich wahrgenommen, obwohl sie, wie er vorrechnet, mehr beträgt als die Fernsehgebühr.

Die gesetzliche Regelung des privaten Rundfunks wird auch von Otfried Jarren in seinem Beitrag über Probleme, Defizite und Zukunftsaufgaben der Rundfunkregulierung kritisiert. Im Gegensatz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Regulierung sich trotz parteipolitischer Einflüsse im Wesentlichen bewährt habe, stimmten Leitbild, Normen und Kontrollgremien beim privaten Rundfunk nicht überein: „Der private Rundfunk wird auf gesellschaftliche Ziele verpflichtet, die aber von den externen Gremien nicht tatsächlich geprüft und beeinflusst werden können.“ Jarren verweist auf Regelungsprobleme vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Ökonomisierung, Internationalisierung und Pluralisierung: Das Modell der hierarchischen Kontrolle und Steuerung kann demnach bei der Rundfunkregulierung nicht mehr wirken. „Es wird darauf

ankommen, stärker Marktmechanismen zur Regelung zu nutzen“. Er schlägt vor, die Macht von Rezipienten und Journalisten gegenüber den Medienunternehmen zu stärken und etwa durch eine Stiftung Medientest oder einen Medienrat zu „regulierter Selbstregulierung“ zu kommen. Was das konkret heißt, zeigt Gerhard Vowe in seiner anschließenden Fallstudie zur Etablierung von Selbstkontrollmechanismen des Fernsehens. Er schildert die öffentliche Auseinandersetzung um Gewalt im Fernsehen zwischen 1992 und 1994 und analysiert, wie daraus die neue Struktur der „Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen“ entstand. Aus der quellenreichen Fallstudie leitet er anschließend allgemeine Prinzipien der medienpolitischen Regelung ab: Staatliche Steuerung und Selbstregulierung ergänzten sich und setzten einander voraus. Dabei zeigt er auch den Problemlösungsbeitrag auf, den die symbolische Politik leistet, die als Medieneffekt so oft gegeißelt wird. Symbolische Politik ist demnach kein Politikersatz, sondern Korrelat substanzialer Politik, indem sie deren Notwendigkeiten und Resultate den Bürgern vermittelt und dadurch Handlungsdruck auf politische Akteure verstärkt oder lindert.

Die Bürger als Machtregeleitiv zwischen Politik und Medien, dieses Thema zieht sich auch durch weitere Beiträge. Am optimistischsten fällt diesbezüglich die Analyse von Wilfried Scharf aus. Er vertritt die These, „daß die Bürger durch die Deregulierung des Massenkommunikationssystems in Deutschland auch in der politischen Berichterstattung genau das bekommen, was sie haben wollen, daß die Informations- und Meinungsfreiheit also nicht gefährdet sind“. Seine Argumentation, wonach Tendenzen zur Konzentration, Informationsüberflutung und Entpolitisierung durch die Konsumentensouveränität der Mediennutzer nach deren Maßstäben im Wesentlichen zufriedenstellend korrigiert werden, stützt er mit einer quantitativen und qualitativen Analyse von Medienmärkten und Medieninhalten. Allerdings, so Scharf, führt das Leitmedium Fernsehen in den „Neo-Bonapartismus“: Durch Telegenität gewinnen charismatische Politiker zusehends ihre Machtbasis, werden Funktionäre und Apparate entmachtet – aber auch damit kriegen die Leute nur, was sie wollen. Dass der Einfluss der Rezipienten zukünftig wachsen wird, folgert Patrick Rössler aus seiner Untersuchung über die Definitionsmacht für The-

men des politischen Diskurses, die zunächst Ergebnisse der Agenda-Setting und Agenda-Building-Forschung integriert. Demnach steht allerdings bislang der Bürger dem „engen Zusammenspiel von Medienmacht und politischer Macht (...) als Elementarteilchen einer zusehenden Öffentlichkeit weitgehend ohnmächtig gegenüber“. Mit Beispielen und Forschungsergebnissen zur Netzkomunikation untermauert Rössler dann seine These, wonach zukünftig durch mehr interaktive Medienangebote und -nutzung die Rezipienten einflussreicher und die Agenden fragmentiert werden. Demgegenüber prognostiziert Peter Seeger ein eher strukturkonservatives Szenario. Seine Darstellung der aktuellen Entwicklung von elektronischen Medien in Deutschland und Italien führt ihn zur Einschätzung, die alten Verteil-Medien würden auf absehbare Zeit weiterhin die Angebotsseite beherrschen.

Wie kann man die bisher skizzierten Erkenntnisse über Machtverhältnisse zwischen Medien und Politik in der Bundesrepublik zusammenfassen? Zweifellos hat die Politik nicht zugunsten der Medien abgedankt. Und eine zunehmende Orientierung des politischen Diskurses an der Medienlogik lässt sich so lange auch positiv sehen, nämlich als publikumsgerecht, wie unbestreitbare wirtschaftliche Konzentrationstendenzen noch Meinungsvielfalt gestatten und die Symbiose von Politikern und Publizisten nicht zur Kumpelnei wird. Man mag der Einleitung von Heribert Schatz beipflichten und eine relativ ausgeglichene und bislang stabile Balance zwischen politischer Macht und Medienmacht feststellen, deren Erhaltung auf Dauer zwar nicht garantiert ist, die aber begünstigt wird durch Sensibilität in der politischen Kultur Deutschlands für Machtfragen im Verhältnis Politik – Medien und durch institutionelle Grundlagen, die nach dem Krieg von den Alliierten geschaffen wurden. Jedenfalls machen die beiden abschließenden Beiträge mit Blick auf andere Länder deutlich, dass eine politische Kultur, in der die Pressefreiheit keinen herausragenden Rang einnimmt, und eine schwache medienrechtliche Institutionalisierung die Demokratie gefährden. Elena Wienhold zeigt dies eindrücklich an der medienpolitischen Geschichte Italiens von der jahrzehntelangen Kolonialisierung des staatlichen Rundfunks durch die christdemokratische Partei über den Einbezug der Sozialisten und schließlich des Industriellen Berlusconi ins Me-

dieninstrumentalisierungskartell. Sein dadurch entstandenes privates Fernsehmonopol konnte Berlusconi dazu nutzen, im Bündnis mit den Neofaschisten die politische Macht zu erlangen, die er benötigte, sein Medienimperium zu erhalten. Und auch Patrick Donges' Analyse des „ungarischen Medienkriegs“ sieht eine defizitäre Rundfunkgesetzgebung und die Tradition des Staatsrundfunks als wesentliche Gründe für den Kampf um die politische Hoheit im ungarischen Rundfunk, der in der Transformationsphase zwischen 1990 und 1994 unter den Parteien mit rüden Mitteln ausgetragen wurde.

Insgesamt ist der Band insofern gelungen, als die Beiträge eine facettenreiche Diskussion aus politik- und kommunikationswissenschaftlichen, soziologischen, rechtlichen und ökonomischen Perspektiven vielfältig spiegeln. Viele der Autoren kommen mit Ausschnitten oder weiterführenden Ausarbeitungen von Untersuchungen zu Wort, mit denen sie den wissenschaftlichen Diskurs zum Verhältnis zwischen Politik und Medien auch anderweitig geprägt haben. Die Schlussfolgerungen, das sollte in dieser Besprechung deutlich geworden sein, fallen allerdings zum Teil disparat oder widersprüchlich aus. Daher vermisst man einen Beitrag, der das Verhältnis von Medienmacht und politischer Macht theoretisch fundiert und die Diskussion eingerahmt und systematisiert hätte.

Dass durch ein bisschen Rezensieren der Sammelband schon aus dem Leim ging, soll als Hinweis für den Westdeutschen Verlag dienen, seine Paperback-Bindung zu verbessern.

Lutz M. Hagen

Thomas Steinmauer

Tele-Visionen

Zur Theorie und Geschichte des Fernsehempfangs

Innsbruck/Wien: Studien-Verlag 1999. – 460 S.

ISBN 3-7065-1205-X

Wer dieser Arbeit gerecht werden will, darf ihren Untertitel nicht aus den Augen verlieren: Nicht um das Gesamtsystem Fernsehen geht es, sondern der am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg lehrende Autor will „vor dem Hintergrund unterschiedlicher theoretischer Zugänge die Verwobenheit von Technikgeschichte und Sozial-

geschichte anhand einer Geschichte des Fernseh-Empfangs“ untersuchen. Er stützt sich dabei weniger auf Primärquellen wie Aktenbestände, Archivmaterialien oder – was immerhin denkbar gewesen wäre – auch Augenzeugeberichte, sondern er bedient sich neben anderer Literatur bei den Schriften des Kölner Medienphilosophen Siegfried Zielinski und den Thesen nordamerikanischer Kulturforscher wie Raymond Williams. Auch Ergebnisse der in Siegen betriebenen Fernsehprogramm-Forschung werden berücksichtigt, daneben neuere Hamburger Untersuchungen von Hickethier, Hoffmann-Riem, Krotz, Kleinsteuber und Neverla.

Den theoretischen Rahmen seiner Geschichte des Fernsehempfangs setzt Steinmauer einerseits anhand des von Williams vertretenen Konzepts der mobilen Privatisierung und Individualisierung, andererseits anhand des Begriffs der televisuellen Disposition aus dem Kontext der Apparatustheorie nach Jean-Louis Baudry, verbunden mit einer soziotechnischen „Mentalitätsgeschichte des Fernsehens“. Er folgt damit seinem Vorbild Zielinski und geht so weit, „Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte“ zu begreifen. Folgerichtig schließt die Arbeit mit der Gegenüberstellung: hier Maximierung des Fernsehbildes durch HDTV und Großprojektionen, dort Miniaturisierung der Empfangsapparaturen auf Computerbasis.

Dazwischen zeichnet der Autor ein facettenreiches Bild, das von den Fernseh-Visionen des 19. Jahrhunderts über die Erfinder-Konkurrenten Baird, Le Blanc, Nipkow über die Fernseh-Versuchsbetriebe der Dreißiger Jahre in Großbritannien, in den Vereinigten Staaten und in Deutschland zu dem Bemühen der Nationalsozialisten führt, den Empfang von Fernsehsendungen mit dem Ziel von Gemeinschaftserlebnissen zu instrumentalisieren. Steinmauer beschreibt einleuchtend den Konflikt zwischen der Film- und der Fernseh-Politik im „Dritten Reich“, verzichtet jedoch bewusst auf eine tiefer gehende Darstellung der unterschiedlichen Interessenlagen zwischen den damals handelnden Gruppen und Personen. Gleicher gilt für seine an sich durchaus breit angelegte Darstellung der Entwicklung nach 1945, die sowohl Deutschland und die europäischen Nachbarn (namentlich Österreich) umfasst. Über einzelne Bewertungen lässt sich dabei streiten. So stellt Steinmauer beispielsweise durchaus zutreffend fest, die Einführung